

Konferenz zur Zukunft Europas

#EBDgrafik

Übersicht: Positionen der EU-Institutionen

Übereinstimmung
mit EBD-Position

• weitestgehend

• teilweise

• wenige
bzw. keine

✓ WICHTIG FÜR DIE EBD



Europäische Kommission
Mitteilung vom 22.01.2020



Europaparlament
Entschlüsse von
15.01.2020 & 18.06.2020



Rat der EU
Standpunkte des Rates vom
24.06.2020 und 03.02.2021



**Gemeinsame Erklärung
der EU-Institutionen**

Repräsentative
Bürgerbeteiligung

- Podiumsdiskussionen
- Ein **repräsentatives Bürgerpanel**
- Mehrsprachige, digitale Plattform
- Nationale, regionale und lokale Veranstaltungen

- Thematische Bürgerforen von max. 200-300 **repräsentativ ausgesuchten Teilnehmenden**
- 2 Jugendforen

- **Debatten und Bürgergremien** auf nat., reg. und EU-Ebene
- Mehrsprachige, digitale Plattform(en)

- **Repräsentatives europäisches Bürgerpodium und Möglichkeit für nationale Bürgerpodien**
- Interaktive mehrsprachige digitale Plattform
- Durch transnationale, nationale & regionale Veranstaltungen

Entscheidende Akteure:
nat. Parlamente &
Regierungen, EP und
EU-Kommission
(Konventpartner lt.
Art.-48-EUV)

- Keine genaue Festlegung, nur dass das Forum zur **Teilnahme zahlreicher Institutionen**, einschließlich der Art.-48-EUV-Partner, offenstehen sollte

- Plenum aus Art.-48-EUV-Partnern **mit AdR, EWSA und Sozialpartnern**
- Vorsitz: Hochrangige Persönlichkeit
- Lenkungsausschuss und geschäftsführender Koordinierungsausschuss
- Sekretariat

- Plenum aus Art.-48-EUV-Partnern **sowie AdR und EWSA**
- Lenkungsausschuss
- Sekretariat

- Plenum aus Art.-48-EUV-Partnern. **AdR, EWSA, Sozialpartner und Zivilgesellschaft sind ebenfalls repräsentiert. Bürgerinnen und Bürger sind eingebunden.**
- Vorsitz: Präsidenten der drei EU-Institutionen
- Leitungsgremium aus EU-Institutionen mit Beobachtenden von COSAC (fest) und AdR, EWSA, andere EU-Organe und Sozialpartner (auf Einladung)
- Gemeinsames Sekretariat

Transparenter
Prozess

- Alle Veranstaltungen, Dokumente und wesentliche Informationen sollen **online verfügbar sein**

- Alle Veranstaltungen, Dokumente und wesentliche Informationen sollen **online verfügbar sein**

- Nur Klarstellung, dass das **Leitungsgremium transparent entscheiden** soll

- Transparenz ist ein Kernprinzip, doch nur Europäische Bürgerpodien **sollen bisher lt. Erklärung online übertragen werden**. Dokumente und Input sollen auf der digitalen Plattform abrufbar sein.

Konkretes Follow-up
& Vertragsänderungen
kein Tabu

- Empfehlungen sollen **in sichtbare Ergebnisse münden** und Feedback-Mechanismus könnte Debatten viertelj. zusammenfassen

- Ergebnisse sollen unverzüglich und ernsthaft mit **Legislativvorschlägen, inkl. Vertragsänderungen**, verfolgt werden

- Verpflichtet sich, **Ergebnisse durch Bericht an den Europäischen Rat im Jahr 2022 einfließen zu lassen**
- EU-Institutionen sollen daraufhin prüfen, wie sie dem Bericht wirksam Folge leisten können

- Bericht an den Dreiervorsitz
- Selbstverpflichtung, den Empfehlungen - unter voller Wahrung der Zuständigkeiten und des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips Folge zu leisten
- **Möglichkeit der Vertragsänderungen wird nicht benannt**

Qualität vor Schnelligkeit
- Dauer: mind. 2 Jahre

- **Erstes Semester 2022**, ausgehend vom ursprünglichen Starttermin am 9. Mai 2020.

- **Zwei Jahre**

- **Erste Position: zwei Jahre**
Zweite Position: Bis 2022

- **Bis 2022**



16.07.2019
Ursula von der Leyen verspricht die Ausrichtung der Konferenz in ihrer Bewerbungsrede zur EU-Kommissionspräsidentin



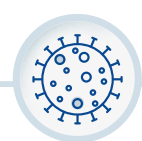
12.12.2019
Europäischer Rat empfiehlt Standpunkt des Ministerrates auszuarbeiten



15.01.2020
Das Europaparlament beschließt seine Position



22.01.2020
Die Europäische Kommission beschließt ihre Position



09.05.2020
Konferenz sollte zum 70. Jahrestag der Schuman-Erklärung beginnen, wurde jedoch aufgrund der Covid-19-Pandemie verschoben



18.06.2020
EP-Entschließung zur Aktualisierung und Bekräftigung der Position



24.06.2020
Noch unter kroatischer Präsidentschaft legt der Rat der EU seinen Standpunkt fest



03.02.2021
Unter portugiesischem Vorsitz legt der Rat der EU einen neuen Standpunkt vor



04.03.2021
Einigung zu einer gemeinsamen Erklärung. Unterzeichnung für 10.03.2021 geplant

